

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Abonnement: Nachrichten Dresden.  
Postleitzahl: Gemeinsamer 25-242.  
Für die Postabrechnung: 20-002.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimaler Auflösung monatl. 6,50 M., vierfachl. 15,50 M., durch d. Post bei Tagl. zweimal. Verleih monatl. 6 M., vierfachl. 15 M.  
Die 1 Spalte 37 mm breite Seite 2 M. für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsschild, 1 Spalte 1 M., und Werbung 25 M. Vorzugsschild und Zert. Einwöchige Abdrücke gegen Vorauflösung. Einzelnummer 30 P.

Schriftleitung und Hauptherausgeber:  
Marienstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl: 20-002 Leipzig.

Patent-Strohalm-Zigaretten sowie die anderen bekannten Sorten in alter guter Qualität.

Egyptische Zigaretten-Kompanie

L. Przedekl

Berlin NW 7, Georgenstraße 46a  
und Passage 45/46.

## Die deutsche Vorauflösung für Spa.

### Unsere Vertreter bei der Konferenz.

Berlin, 1. Juli. Die deutschen Regierungsvorsteher, die sich am Sonnabend abend unter Führung des Reichskanzlers Fehrenbach nach Spa begeben, werden zunächst festzuhalten haben, ob dort mit den deutschen Vertretern auf paritätischer Grundlage verhandelt werden soll oder nicht. Wenn dies nicht der Fall ist, werden sie sofort nach Berlin zurückkehren. Der Reichskanzler hat, wie versichert wird, nicht die geringste Neigung, sich als Briefträger für ihm überreichte fertige Noten der Entente gebrauchen zu lassen. Er steht nicht daran, etwa Botendienste zu leisten. Sollte die Entente aber bereit sein, in Spa mit den deutschen Regierungsvorsteher auf gleichem Fuße zu verhandeln, so werden her vorragende deutsche Sachverständige, voraussichtlich die Unterzeichner der anderweit erwähnten Denkschrift, nach Spa zur Information der deutschen Regierungsvorsteher hinzugezogen werden. Nach den vorläufigen Beobachtungen wird das Deutsche Reich in Spa durch Reichskanzler Fehrenbach und den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simon, vermutlich ferner durch Reichsfinanzminister Dr. Wirth, Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz und Reichsernährungsminister Dr. Hermes vertreten sein. Insgesamt werden 20 bis 30 höhere Beamte und das dazu erforderliche Büro- und Schreibpersonal nach Spa gehen. Die genaue Liste aller Teilnehmer dürfte morgen bekanntgegeben werden.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete eingehend Bericht über die Vorbereitung der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuss ohne eine Besprechung einzutun. (W.T.B.)

### Erweiterung des Konferenzprogramms.

Paris, 1. Juli. "Echo de Paris" gibt der Ansicht Ausdruck, daß das Programm für die Konferenz von Spa sich erweitert habe. Lord George hat die Generale in Berlin und Düsseldorf berufen. Es muß daraus geschlossen werden, daß nicht nur die Entschädigungen Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, sowie auch das Schicksal gewisser, von Deutschland abgetrennter Gebiete, z. B. Danzig, in die Debatte hineingezogen werden sollen. (W.T.B.)

### Denkschriften über die deutsche Zahlungsfähigkeit

(Druckschriften unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 1. Juli. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat zwei Denkschriften ausgearbeitet, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands behandeln und feststellen, in wie hohem Maße Deutschland seine Steuerquellen bisher in Anspruch genommen hat. Die

beiden Denkschriften sind dem Obersten Rat in Paris und den Regierungen der Ententestaaten überreicht worden. Der Inhalt ist als Material für die Konferenz in Spa bestimmt. Ein ausführliches wirtschaftliches Gutachten über die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland, das den Denkschriften beigelegt ist, von den hervorragendsten Männer des deutschen Wirtschaftslebens ausgearbeitet und unterzeichnet. Es finden sich darunter die Namen von Batocki, Ternburg, Geheimrat Deutsch, Duisberg, Heinlein, Dr. Karl Melchior, Franz v. Wendelsohn, v. Schwabach, des Geschäftsführers und Vorstandsmitgliedes des Reichsverbandes der deutschen Industrie Dr. Walter Simons, des Reichsministers des Außenhandels Max Krauß, Max Warburg, Biedfeld, Bielaw und Wittboeck.

### Zur Brüsseler Konferenz.

Amsterdam, 1. Juli. "Daily News" schreibt: Die Hauptaufgabe in Brüssel wird die Aufführung einer Tagessordnung für Spa sein, deren drei Hauptpunkte die Entschädigung, die Entwicklung und die Schiffahrtsfrage bilden. Was die Entschädigung angeht, so hängt alles davon ab, ob Deutschland die Einladung, eigene Vorstellungen mitzubringen, ernst nimmt. Wenn Deutschland den Alliierten die ganze Lage freimittigt darlegt und sich gleichzeitig verpflichtet, alles zu tun, was man von vernünftigen Menschen verlangen kann, so wird es drei Männer finden, die von demselben Wunsche beeinflußt und bestimmt sind, in gemeinsamer Arbeit einen Plan aufzustellen, durch den Ordnung in das europäische Chaos kommt. Das von der Entschädigung gilt, das gilt auch von der Schiffahrt und der Entwicklung. Hierzu werden Fragen wie in Spa geeignete Sachverständige geben, und Deutschlands Sache wird es sein, einwandfreie Darlegungen zu machen. Alles steht darauf hin, daß die Konferenz in Spa, an der auch Polen, Rumänien, Portugal, die Tschechoslowakei und Südtirol eingeladen sind, im Falle des Erfolges die wichtigste internationale Zusammenkunft seit dem Waffenstillstand bilden wird. Eine sofortige Einklang über die eingelagerten Fragen ist kaum zu erwarten und nur für die Hauptrichtungen ist eine solche zu wünschen. Die Einzelfragen können dann später von einer Konferenz von Endverhandlungen in gemeinsamer Arbeit geregelt werden. Das ist notwendig, um den Weg für eine Erweiterung des internationalen Anleihe auf der Finanzkonferenz des Börsenbundes in Brüssel am 2. Juli freizumachen.

Amsterdam, 1. Juli. Lord George hat sich in Begleitung von Lord Curzon nach Brüssel begeben. (W.T.B.)

Brüssel, 1. Juli. Die Zeitung "Demain" erklärt, daß neben der Hauptfrage derVerteilung der deutschen Entschädigungsumme wird Lord George mit Unterstützung der italienischen Delegierten von neuem die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland auf der Konferenz von Brüssel zur Erörterung bringen werde. (W.T.B.)

### Der französische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Juli. Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten französischen Botschafter Laurent zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Überreichung hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Verzeußen die amtlichen Beziehungen unserer beiden Länder in vollem Umfang wiederherzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen an einem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenschluß zw. Heilung der Wunden des Krieges und schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbaus von Europa in ehrlicher Ausführung des Friedensvertrages, der hier jetzt die gemeinsame Urkunde aller von zielnden Mächte ist. Der Reichspräsident erwiderte u. a. z. folgenden Worten: Mit Befristigung entnehme ich Ihren Worten, daß es Ihr ernster Wille ist, daran mitzuarbeiten, die Wunden, die der Krieg unseren beiden Ländern geschlagen hat, zu heilen und durch die Ausführung des Friedensvertrags durch eine gemeinsame fruchtbare Arbeit das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Strohen bin ich mit der deutschen Regierung erfüllt. (W.T.B.)

### Eine Diplomaten-Zusammenkunft.

Berlin, 1. Juli. Der apostolische Nuntius Giovanni Pacelli gab heute zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen, zu dem u. a. erschienen waren der Reichskanzler Fehrenbach, der Minister des Auswärtigen Dr. Simon, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Daniel, der preußische Kultusminister Daenisch, die Gesandten von Holland, der Schweiz und Argentinien, der spanische Geschäftsträger, ferner Ministerialdirektor v. Simon, Geh. Regierungsrat v. Galla, Regierungsrat Graf Tech, Regierungsrat Walther und Professor Delbrück.

### Eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten.

Dresden, 1. Juli. Der bayerische Ministerpräsident geht für heute noch nach Berlin zur Besprechung des Reichskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Länder und der Bürgermeister der freien Städte. (W.T.B.)

### Kämpfe zwischen Montenegrinern und Serben.

Rom, 1. Juli. Aus Podgorica wird gemeldet, daß auf der Biegung von Kosovo auf dem historischen Umfelde schwer Kämpfe zwischen Montenegrinern und Serben im Gange seien. Die Lage gefoltert sehr kritisch.

### Neue Lebensmittelunruhen.

Berlin, 1. Juli. In den bietigen Markthallen wurden einige Stände demoliert und Obst auf der Straße zerstreut. Die Sicherheitspolizei stellte die Ordnung wieder her. (W.T.B.)

Borms, 1. Juli. Gestern nachmittag und abends fanden hier Straßen und Gebäude gegen die Lebensmittelversorgung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten vor das Gewerkschaftshaus, wo Auskretungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus begeben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftswelt ein offizielles Ultimatum überreicht wurde. In den Abendstunden krachte wieder eine Menge nach der Mittwochstunde, klang Schüssen ein und plünderte die Auslagen. Es ist mehrfach zu Schlägereien und wilden Szenen gekommen, so daß die Polizei öfter mit der blauen Waffe bewaffnete wurde. Der Schaden dürfte etwa 2 bis 3 Millionen betragen. Um Mitternacht griffen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Beutehaft. Die Buden blieben auch heute noch geschlossen.

Baden, 1. Juli. Nach den schweren Ausschreitungen des gestrigen Tages ist die Ruhe heute wiederhergestellt. Das ist besonders der Einwohnerwehr zu danken, die mit Rollen und Schüssen auf die Angriffe der Menge antwortete. Hierbei wurden zwei Plünderer erschossen. Unter den Erschossenen befindet sich auch der Hauptredakteur, der als ein Hamburger festgestellt worden ist. Er hatte morgens beim Plündern einen Kriminalbeamten durch Angriffe in den Leib schwer verletzt. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich am gestrigen Tage auf vier.

### Die bayerische Landwirtschaft für Herabsetzung der Getreide- und Kartoffelpreise.

München, 1. Juli. Die bayerische Landwirtschaft hat sich im Einvernehmen mit dem bayerischen Landwirtschaftsministerium auf folgende Richtlinien geeinigt: Unter keinen Umständen eine Erhöhung der Brot- und Weizenpreise. Wir müssen mit den Getreidepreisen unter den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums bleiben. Wir sind bereit, bei den Kartoffelpreisen 10 Pf. unter den Preis des Reichsernährungsministeriums herunterzugehen. Wir bitten die bayerische Regierung, beim Reichstage darin zu wirken, daß der ursprüngliche Vorsatz vorgelegte Höchstpreis von 350 Pf. für den Brotzettel Gebengewicht bleibt für das ganze Reich verbindlich gemacht wird. Wir fordern auch bei Milch und Fett um 20 bis 40 Pf. herunterzugehen, vorausgesetzt, daß keine Bohnerhöhungen kommen.

### Die Politik der Unabhängigen.

Scheidemann läßt seine Gelegenheit unbemerkt vorübergehen, bei der er den Unabhängigen ihr Konterfeid deutlich und klar im Spiegel einer unerblütlchen Kritik zeigen kann. Das hat er jetzt wiederum im Reichstage bei der Ausprache über die Regierungserklärung getan. Der mehrheitssozialistische Führer wird von seinen unabhängigen Gegnern mit ganz besonderer persönlicher Feindseligkeit bedacht, weil er ihnen keils mit der rücksichtslosen Schärfe entgegentritt und niemals ein Blatt vor den Mund nimmt. Im Punkte einer gewandten Dialektik können es die unabhängigen Redner entscheiden nicht mit Scheidemann aufzuhören, und da greifen sie dann zu allerhand kleinen Nadelstichen, die ihn verärgern sollen. So wiederholen sie mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, die Behauptung, daß Scheidemann sich seine Reden von einer gesäßigen Hilfskraft ausarbeiten ließe, sie dann sorgfältig auswendig lerne oder, falls er jeweils dazu keine Zeit und Lust hätte, einfach ablese. Wie dem auch sei, Tatsache ist jedenfalls, daß Scheidemann das, was er sagt, zu vorzubringen weiß, daß er sieß eine gewisse Wirklichkeit erzielt, die natürlich von den Unabhängigen unliebst empfunden wird. Seine Neigung zur Pose pflegt allerdings vielfach das erträgliche Maß zu überschreiten und mutet zuweilen komisch an, so z. B. wenn er in seiner letzten Philippita gegen die Unabhängigen es sich nicht versagen könne, die welterschütternde Tatsache zu betonen, daß er, Philipp Scheidemann, „der erste Redner im ersten Reichstag der deutschen Republik“ sei.

Indessen, das sind schließlich Neuheiten, die den Kern der Sache nicht treffen. Soweit dieser in Frage kommt, ist es immerhin ein Verdienst, daß gerade ein Mehrheitssozialist von so hervorragender Stellung, wie sie Scheidemann in der Partei einnimmt, die tiefsten Absichten und Ziele der Unabhängigen-Politik vor der neuen bürgerlichen Regierung scharf gekennzeichnet und gezeigt hat. Scheidemann bezeichnete das Verhalten der Unabhängigen ohne Umschweife als Größenwahnlinie, und erklärte, daß sie die Revolution nicht ins Werk gebracht werden, damit der abgeschaffte „militärische Kadaverhorjam“ angesehen der Unabhängigen wieder eingeschürt werde, so daß einem unabhängigen „Befehl“ die ganze Nation blindlings gehorchen müsse. Weiter sagte Scheidemann den Unabhängigen auf den Kopf zu, daß sie die Teilnahme an der Regierung bloß deswegen ausgeschlagen und damit ein rein sozialistisches Kabinett unmöglich gemacht hätten, um später die Macht auf gewalttäumem Wege an sich zu reißen. Sobald die Arbeiter diese Taktik erkannt hätten, würden sie sich zum größten Teil von den Unabhängigen wieder abwenden.

Die Vorhaltungen Scheidemanns erzeugten bei den Unabhängigen grobe Unruhe, insbesondere als er sich zur Unterstützung seiner Anglisse auf Kautsky berief, der ebenfalls den radikalen „Umentwegen“ wegen ihrer Ablehnung der Koalitionspolitik scharf die Leviten gelesen hat. Kautsky verwirkt zwar grundätzlich die Koalition auch, bekommt aber, daß Anwälte eingehen könnten, in denen sich ein Zusammensetzen zwischen Sozialisten und Bürgerlichen nicht umgehen lasse, und äußert höchst: „In Westeuropa ist eine Rätediktatur heute nicht mehr möglich. Findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muss es, will es nicht abdenken, sich zu einer Koalition verstecken“. Die Unabhängigen sind in ihren radikalen Terrorismus verantwortlich, daß sie sogar eine Autorität wie Kautsky in die Wollschlucht werfen, wenn er ihnen unangenehme Wahrheiten sagt; er wird sehr beschuldigt, die unabhängige Sozialdemokratie zugunsten der Rechtssozialisten preisgegeben zu haben. Die Unabhängigen werden also fortfahren, das zu tun, was Kautsky als das Nachplappern der Papageienvögel bezeichnet, daß jede Koalition „Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus“ sei. Diese Auffassung ist — das muß auf bürgerlicher Seite immer festgehalten und wohl beachtet werden — der folgerichtigste Ausfluß der unabhängigen Gründungsauflösung, daß es nur ein einziges Heil für die Menschheit gebe, nämlich die Diktatur des Proletariats, das Rätesystem noch vollständigem Muster. Um diesen Mittelpunkt dreht sich die gesamte Denkschule der Unabhängigen im Kreise herum, und darüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß sie gelegentlich aus taktischen Rücksichten nach außen hin sich zahmer gehorchen und das Endziel möglichst ans Ende bringend lassen. Die Erfahrungen des letzten kommunistischen Aufstandes sind in dieser Hinsicht besonders lehrreich. Kurz vorher war nämlich ein geheimer Rundschreiben aus unabhängigen Kreisen veröffentlicht worden, worin empfohlen wurde, in der Öffentlichkeit möglichst ruhig und sachlich aufzutreten und auch die Polizei wie den Mehrheitssozialisten in der Form nicht an schärf zu führen, damit die allgemeine Aufmerksamkeit von dem kommunistischen Treiben abgelenkt würde und die geheimen Vorbereitungen zu einem neuen großen Schlag um so ungünstiger betrieben werden könnten. Unter diesem Gesichtswinkel muß auch die auffällige Wähigung betrachtet werden, mit der die Unabhängigen dem Kabinett Fehrenbach gegenübertraten. Die „Freiheit“ lobt den neuen Reichskanzler mit verdächtiger Wärme, weil er mit großem Nachdruck seinen Willen befunden habe, nicht gegen die

Arbeiterkraft zu regieren, sondern mit ihr. Daraus entnimmt das unabhängige Blatt einen Beweis für seine Aussage, dass die Arbeiterklasse auch ohne Beteiligung an der Regierung keinen Einfluss ausübe, und dass die Mitarbeiterchaft sozialistischer Vertreter keine Stützung der Arbeiterklasse bedeute, sondern eine Quelle des Schwäche. Das heißt also mit anderen Worten, die Unabhängigen sind der Meinung, dass durch die Wechselwirkung zwischen Sozialisten und Bürgerlichen in der Regierung die ursprüngliche revolutionäre Energie des Sozialismus zur Erwähnung der Diktatur des Proletariats gefordert und geschnitten werde.

So fehlt die unabhängige Bevölkerungsseite immer wieder an ihrem Ausgangspunkt, der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse, zurück und ist nicht imstande, auf den Wirklichkeiten des Lebens einzuhören, deren überzeugende Kraft auch einen Anstoß zu der Einsicht geführt hat, dass das Motto eines für Westeuropa ein Unding ist. Die revolutionäre Erwartungswelt von der alleinigmachenden Kraft der Diktatur des Proletariats beherrscht die Unabhängigen so vollständig, dass sie die guten Absichten eines bürgerlichen Regimes für die Arbeiterkraft schlechtdings nicht unparteiisch zu würdigen vermögen. Die Komplimente, die sie an Schenckens Adresse richten, sollen den bürgerlichen Wählern auf der Bühne nur Sand in die Augen treuen, damit sie sich in den Glauben an die Ungefährligkeit der unabhängigen Propaganda einzulullen lassen. Tadeln kann sie aber nicht aus, reizlos an der Verwirklichung ihres Endziels zu arbeiten, und löschen mit Argumenten auf den Tagen, wo sie das tun können, was Scheidemann ihnen ins Gedächtnis gelegt hat: sich mit Gewalt in den Alleinherrschersitz der Regierung zu legen. Sie glauben, dass dieser Zeitpunkt nicht allzu fern sei, da die bürgerliche Regierung sehr bald angelichts der inneren und äußeren Schwierigkeiten der Lage nie für bankrott erklären und vom Schauspiel überredet müsse, um den Sozialismus allein das Feld zu überlassen.

Die bürgerliche Gesellschaft misst dem Mehrheitssozialisten nun daher immer auf dem Posten sein, um sich gegen die Mehrheitssozialisten von jenen der Unabhängigen zu schützen. Den Mehrheitssozialisten aber muss der Vorwurf gemacht werden, dass sie selbst an der Sichtung des Reichstags in gewissem Grade mitschuldig sind, weil sie dem bürgerlichen Element aus Furcht vor dem Linkenradikalismus nicht ein gleiches Rechteinsrecht zuerkennen wollen. Scheidemann selbst steht jederzeit mit besonderer Besinnlichkeit hervor, dass sein Ideal eine rein sozialistische Regierung unter Teilnahme der Unabhängigen sei, und dass nur deren unvernünftige, mit den Grundprinzipien der Demokratie nicht in Einklang stehende Forderungen die Errichtung dieses Ziels verhindern. Auch in seiner hier behandelten Rede erklärte er unumwunden: „Winge es nach unseren Wünschen, dann dürften nur Vertreter der sozialistischen Denkrichtung auf der Regierungssbank sitzen.“ Und früher hat Scheidemann wiederholter Weise Ausdruck gegeben, dass das Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen nur ein notwendiges Uebel sei, von dem sich der Sozialismus sowohl als möglich befreien müsse. Von der rein sozialistischen Regierung aber, die vom Bürgertum nichts wissen will, bis zu der leichten Konciliation des Kaisertums ist der Weg vielleicht weniger weit, als Scheidemann selbst zugeben möchte. Um so mehr Grund hat in den heutigen Zeiten eine bürgerliche Regierung, die beständiges Beitreten in die Führung des Bewegtes durch die Tat zu sehen, dass auch ohne sozialdemokratische ministerielle Vertretung eine umfassende Berücksichtigung aller berechtigten Arbeiterinteressen auf der Grundlage einer gewöhnlichen sozialen Wohlfahrtspolitik möglich ist.

## Borlängerer Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 1. Juli. Vor Eintritt in die Tagessitzung bringt Dr. Gerlach folgende Befürchtung vor: Wir müssen leider wahrnehmen, dass wir hier in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses wenig gern gefeiert werden. (Hört, hört!) Dieser Zustand hat sich noch dadurch verschärft, dass der Präsident der preußischen Landesversammlung Herr Leinert den Auftrag gegeben hat, das Gebäude soll zu räumen und Decken und Fenster zu entfernen. (Lebt, hört, hört!) — Vors. Edler v. Braun stellt fest, dass das Haus mit dem Auftrag einverstanden ist. Reichswirtschaftsminister Scholz: Sie dürfen versteckt sein, dass die Reichsregierung bestrebt ist, Ihnen das Unterkommen in diesem Hause so behaglich wie möglich zu machen. Wir bedauern es lebhaft, dass durch verschiedene Neufeststellungen es bisher noch nicht gelungen ist, dies zu erreichen, wie wir es möchten. (Lebhafte Beifall.)

Zur der Tagessitzung steht zunächst der Antrag Wissell: „Die andauernde

### Schließung von Betrieben

beim die Beschränkung der Produktion bringt wirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, dass dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausschuss der deutschen Erwerbsmehrheit zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenversorgung ist, erscheint unumgänglich geboten.“

Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen umgehend zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschränkung zu unterbreiten.

Aba. Jädel führt Befürchtung darüber, dass die Textilarbeiter im wirtschaftspolitischen Ausschuss nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai seien in der Textilindustrie Jahrtausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichten zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müssten in Gemeinwirtschaft übernommen werden. (Unruhe.)

Es folgt die Beratung über den Betriebsräteausschuss. Ein Antrag auf seine Bildung durch den sozialpolitischen Ausschuss wird zugunsten eines Antrages auf

### Einrichtung eines Sprachamts aus den Mitgliedern aller Truppen

zurückgewiesen. — Abg. Aufhäuser erklärt, dass für seine Freunde das Sprachamt unannehmbar sei. Außerdem widerspreche seine beobachtete Dreiteilung dem Betriebsrätegesetz, das ausdrücklich als Parteien nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorschreibt. Schließlich wird die Angelegtheit vertritt. Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der wirtschaftspolitische Ausschuss konstituiert hat. Vorsitzender ist Abg. Kraemer, Vertreter der Industrie,stellvertretende Vorsitzende sind Staatsminister a. D. Wissell, Arbeitnehmervertreter der Industrie, und Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Gruppe der von der Reichsregierung ernannten Vertreter. Die Anerkennung und Feststellung der Tagessitzung der nächsten Sitzung wird dem Vorsitzenden überlassen. Der Zeitpunkt wird von dem Verlauf der Beratungen in Spa abhängen.

### Belagerung des Danziger Schlosses.

Danzig, 1. Juli. Der Streit der Danziger Binnenschiffer ist heute nachmittag durch öffentliche Einigung zwischen den beteiligten Reedereien und den Arbeitnehmern beigelegt worden. (B. T. B.)

### Die Arbeiten der Sozialisierungskommission.

Berlin, 1. Juli. Die Sozialisierungskommission hat sich noch ihrem Zusammentreten infolge ihrer Vergrößerung zu einer Rendierung ihrer Organisation genötigt gefsehen. Sie hat vier Unterausschüsse eingesetzt, in denen die Frage der Kommunalisierung, der Kohlen-, Salz- und Eisenwirtschaft, der Allgemeinwirtschaft (Außenhandel, Bausatz) und der Energiewirtschaft beraten werden. Der Kommunalisierungsausschuss hat sich seitdem in vorbereitenden Besprechungen mit der grundsätzlichen Frage der Sozialisierung wichtiger Baustoffindustrien beschäftigt. Der Unterausschuss für Kohle, Zoll und Eisen arbeitet Vorschläge für die Rendierungen in der Organisation unserer Kohlenwirtschaft aus.

## Die Finanzlage des Reiches.

(Drucksellung unserer Berliner Zeitungen)

Berlin, 1. Juli. Die heutige Sitzung des Reichstages wurde vom Präsidenten 9 Uhr eröffnet. Am Regierungssitz befand sich Dr. Heine, Minister Koch und Wirth. Der Ausschuss wird abgelehnt, da der Haushaltshaushalt seine Beratung noch nicht beendet hat. Anträge sämtlicher Parteien auf Einsetzung eines Wer-Ausschusses zur Belebung von Bären bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn werden ohne Ansprache angenommen. Das deutsch-französische Abkommen über elsass-lothringische Rechtsangelegenheiten wird in allen drei Sitzungen angenommen. — Darauf wird die

### Aussprache über die Erklärung der Regierung fortgesetzt.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Redner bekämpft die Behauptung Ledebours, dass die Sozialdemokraten bei den Wahlen nach alten Regeln der Kunst zusammengebrachten werden seien. Nachdem die Sozialdemokraten 1½ Jahr an der Regierung gewesen, war es klar, dass sie mit Erfolg bei der Wahl rechnen mussten. Hätten die Unabhängigen 1½ Jahr nach ihren Grundsätzen regiert, dann wäre bei den Wahlen wenig von ihnen übrig geblieben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Wahlen bei den Unabh.) Wir sind immer noch die starke Partei im Reichstag und

### die starke Sozialdemokratie der Welt.

Das liegt in der Güte der Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben. (1) Unsere 564 000 Wähler haben gezeigt, dass die Mehrheit der deutschen Arbeiter sich zur Demokratie bekannt und nicht den Spuren von Ruhland folgen will, wo von Sozialismus nichts zu spüren ist. (Beifall bei den Soz.) Darm bei den Unabh.) Wir üben starke Kritik an der Reichswehr, wir verurteilen schärfer den Mord von Thal und den Mord an Hans Pache. Wir verlangen die sofortige Befreiung der Militärsoldaten. Rode hat das Verdienst, die Regierung der Volksbeauftragten vor dem Schicksal der Konservativen und Deutschlands vor dem Chaos bewahrt zu haben. (Beifall bei den Soz.) Wenn wir uns an der Regierung nicht beteiligen, so ist das einmal die beste Befreiung der ewigen Beschimpfung, wir seien Freudenjäger, Lieber und Streber. Dieselben Kreise, die uns so beschimpft haben, haben uns freilich noch der Wahl außerordentlich umworben, dagegen ist merkwürdigweise die Partei des Herrn Darmi gar nicht umworben worden, sondern eher gemieden, wie eine Gesellschaft von Studenten. (1) (Großer Beifall.) Im Gegensatz zur Volkspartei fühlen wir uns als Europäer und wollen

### sozialpolitische ähere Politik treiben.

Wir können mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wegen des überwiegenden Einflusses, den die Schwerindustrie in dieser Partei ausübt. Der Schatz noch im Ministerium ist weiter nichts als ein Schlagwort. Auch wir haben uns Mühe gegeben, Kapazitäten des Wirtschaftslebens in die Regierung zu bringen. Wenn die Wahlen so ausgefallen sind, wie Sie sehen, so ist Schatz daran die Entente. Ihre Haltung hat die nationalistische Strömung auslösosen müssen. Für Spa kann ich das Wort Schiffers voll und ganz unterschreiben: Es darf nichts unterschieben werden, was nicht erfüllt werden kann. Alle Kramelerie muss schwiegen. Wenn wir aus der Regierung ausgetreten sind, so verlassen wir doch das Schiff nicht, sondern wir wollen es über Wasser halten, damit Deutschland in der deutschen Republik und durch die deutsche Republik weiterlebt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Die Anfangs der heutigen Finanzpolitik reichen bis in die erste Zeit des Krieges zurück. Schon damals begann das Missverhältnis zwischen Ausgaben, die normalerweise auf den ordentlichen Etat genommen werden mussten, und zwischen den laufenden Einnahmen sich herauszubilden. Der eigentliche Raubbau an der physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation begann 1917. Neben der starken Zunahme von Daueranleihen häufte sich in der zweiten Hälfte des Krieges ein immer größerer Berg von schwedenden Schulden, die am Ende des Kampfes ohne Wirtschaftsschulden nahezu 50 Milliarden betrugen. Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die geradezu beängstigende Zunahme der schwedenden Schulden. Der Haushalt des Jahres 1919 weist rechnungsmäßig die geradezu fabelhafte Summe von rund 74½ Milliarden auf. Darin sind allerdings 1½ Milliarde Schuldentlastungen mit enthalten. Der Rest von 72 Milliarden übersteigt geradezu jedes Vorstellungsbild.

Die wichtigsten Ausgaben für den neuen Etat von 1920, der immer noch nicht fertiggestellt ist, aber in den großen Ziffern im wesentlichen feststeht, stellen sich wie folgt: 28 Milliarden für Soldaten und Ausgaben und 42 Milliarden für einmalige Ausgaben. Davon entfallen auf die Reichsschulden: 12,4 Milliarden, Pensionen, Militärenten und Hinterbliebenen-Versorgung; 3,9 Milliarden, auf die neue Befreiung; 3 Milliarden, auf die Volksnahrung; 3 Milliarden, für Heer und Marine; 1,9 Milliarden, für das Reichsarbeitsministerium, einschließlich der Behandlung der Kriegsbeschädigten usw.; 1,1 Milliarde, für alle übrigen Zwecke; 2,7 Milliarden. Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sollen ergeben an Verwaltungseinnahmen: 0,2 Milliarden, an direkten und Verkehrssteuern; 10,8 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchssteuern; 9,1 Milliarden, an einmaligen direkten Steuern; 3 Milliarden, an Einnahmen aus dem Bankwesen und an Ausfuhrabgaben; 2 Milliarden und an Einnahmen aus noch nicht bewilligten Steuern; 2,9 Milliarden. Wenn diese leichte Summe bewilligt wird und einkommt, dann wird im übrigen ordentlichen Haushalt zum ersten Male seit der Vorfriedenszeit wieder ein Gleichgewicht der Ausgaben erzielt werden. Was den außerordentlichen Haushalt anlangt, so sind ohne die Fehlbeläge der Betriebsverwaltungen an Ausgaben vorgesehen: 11,6 Milliarden Mark, darunter 5 Milliarden für den Friedensvertrag, die voraussichtlich aber nicht ausreichen. Die Abwicklung des alten Heeres und der alten Flotte erfordert weitere 2,1 Milliarden Mark. Die Ausgaben für die Kriegsgefangenen und ebenso die infolge der Kämpfe entstandenen Schäden sind mit je einer Milliarde Mark angelegt. In der Ausgabe für die Kriegsgefangenen kommt die durchbare Wirkung des Zusammenbruchs unserer Paläste und der Mangel einer eigenen Handelsflotte zum Ausdruck.

Die Entwicklung der Betriebsverwaltungen ist geradezu katastrophal. Die Post rechnet mit einem Fehlbeitrag von 870 Millionen Mark, die Eisenbahnerverlust mit 14 bis 15 Milliarden Mark Fehlbelägen, ein Kosten, der fast so groß ist wie unsere Ausgaben aus der Reichsschulden und an Pensionen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten. Die Höhe dieser Fehlbeläge sind der Raubbau während des Krieges mit unserem Verlustwissen, die Schädigungen infolge des Waffenstillstandes, durch die uns das beste Material weggenommen ist, die Unterlassung von Reparationen und die Ausbeutung sonstiger Schäden, die jetzt mit dem Wiederaufbau der früheren Preise bezahlt werden müssen. Der Hauptgrund der außerordentlich schlechten Lage unserer Betriebsverwaltungen liegt in den riesenhaft steigenden Personalaufwendungen, in denen noch kein Aufhören zu erkennen ist, ein unerträglicher Zustand. Das Reich darf nicht bis zum Weißbluten angespannt werden. Seine Kriegsergebnisse zeigen sich die ver-

hängnisvolle Weisheit der noch vor einigen Monaten in ganz gewissen Theorie der Angleichung des Reichsstaates an die Weltmarktpreise. Jetzt verfolgt dieses Verhältnis, weil der notwendige Warenbedarf gedeckt ist. Nun tritt die Wirtschaftskrise ein und das Reich soll die Etat von 25½ bis 30½ Milliarden-Unterstützung beziehen. Das Reichsbaudienst kann mit Rücksicht auf die eigene Rentabilität und mit Rücksicht auf die Wirtschaftsstadt die Taxe nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlbeläge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis 16 Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamt aufwand aus dem ungezogenen Etat von 26,5 bis 27,7 Milliarden Mark, so dass wiederum ein Etat von insgesamt 54% bis 55% Milliarden vor uns steht. Wo diese Entwicklung enden soll, das ist die furchtbare Frage, die wir uns vorlegen müssen. Bei derartigen Anforderungen müssen selbstverständlich

### die Schulden des Reiches

zuviel sein. Gegenwärtig bezahlen sie rund 200 Milliarden. Da das Reich auch aufzutunnen hat für Kriegsauswendungen der Länder und Gemeinden, ferner für die Abfindungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Eisenbahnen, so erhöht sich die Reichsschulden auf ungefähr 300 Milliarden Mark. Es kann nicht weiter geschehen, dass die ganze Wirtschaftsstadt vom Reiche abhängt und dass noch bei der Erhebung von Steuern Schwierigkeiten gemacht werden. Die Folgen von einzelnen Steuerabschüssen wären nicht ausdrücken und müssen in erster Linie der Arbeiterschaft treffen.

Weiter vor Spa und damit vor unserem Gefühl, ja vor dem Schicksal Europa!

(Lebhafte Zustimmung.) Wenn Bernau und Bernau-Bundeswillen die Verhandlungen befehligen, ist eine zähe Beziehung der Kriegsschäden zu erhoffen, unter der Voraussetzung, dass man uns wirtschaftlich wieder zu Atem kommen lässt. Wenn die Welt nicht von dem Geldwahn loskommen sucht und wirtschaftlich besser kommt, kommen wir immer wieder auf einen toten Punkt. Internationale Schuldenabtragungen können nur erfolgen durch Sachauflegerungen oder Dienstleistungen. Die Abrechnung von Forderungen kommt für die deutsche Wirtschaft nicht mehr in Frage, denn wir haben unsere Auslandsgeschäfte ja schon verloren. Das ganze Wiedergutmachungsproblem ist das

### Problem der Produktion.

Der Geldschleier muss zerreißen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann von Spa aus das Problem zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden. Die Schulden und Finanzverpflichtungen infolge des Krieges sind eine einzige ungeheure Kette, die sich von Volk zu Volk, von Kontinent zu Kontinent erstreckt. Kommt es irgendwo zu einem Zusammenbruch, so pflanzt sich der Stich auf alle übrigen Länder fort. Staatsbanknoten bedeuten heute die Zerrümmerung der ganzen Wirtschaftsmaschine, die die Zerrümmerung des gesamten kulturellen und sozialen Unterbaus. (Anhaltende lebhafte Zustimmung.) In unserem guten Willen wird es bei den Verhandlungen nicht fehlen.

Das deutsche Volk hat trotz aller ungeheuren Rüte bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie noch niemals einem Staat außergerichtet worden sind. Man vergesse aber nicht, dass Deutschland und das nötige Handwerkzeug und die Arbeitskräfte zu seiner Leistung haben muss. Hätten der Marine und der Friedensvertrag unter der Leitung der Kriegsminister und der politischen Macht die Schwerindustrie und der reaktionären Offizierskaste helfen, wie die Konservativen das Proletariat entgegen, Scheidemann werden wir die sozialmännliche Waffe vom Geschlechtern und die Arbeiterschaft wird ihn und seine Freunde aufklären. Müller habe die Kriegspolitik und Rode gekämpft, Rode wieder aufzutunnen, weil ihm die Arbeiterschaft hassen lernte wegen seiner Subtilitäten für den deutschen Kapitalismus. (Geht richtig! Wieder den Unabh., lebhafte Beifall bei den Soz.) Wenn man die Rebe Müllers öffentlich ankläge, würde die Macht aus seiner Partei noch verstärkt werden. Heute vorstellt dann ein verschwörerisches Kundschafter der Wirtschaftskommission vom 9. Juni, in dem eine Regierung der Reichsparteien als erwidert bezeichnet wird. (Hört, hört!) Die bürgerlichen Parteien hätten um die Sozialisten geworben, nicht aus Liebe, sondern aus dem Gefühl heraus, Subtilität zu ihren Eltern zu haben. (Großer Beifall.) Doch niemand sieht die Konservativenverbände so geschlossen wie heute angekommen. Er sieht wieder eine Gefahr emporziehen, wie damals, als Rode es nicht glauben wollte und sich einsetzen ließ, wie ein Jungfer vom Lande. In Spa können nur die Vertreter der Kapitalistensklasse zusammen und nicht Arbeiter. Die Finanzmänner sei noch schlimmer, als sie der Finanzminister dargestellt habe.

Der bürgerliche Gelehrte a. Preyer erklärt die Angeklagten des Reichsfinanzministers gegen die Sänder wegen der Eisenbahnbemühungen für nicht berechtigt. — Abg. Ellenserger (Baur. Bauernbund) fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft. Nur die Landwirtschaft könne und muss der Rat retten. Ihre Produktion muss vervielfacht werden. — Weiterberatung morgen 1 Uhr. Vorher Antragen. Schluß 6½ Uhr.

### Die Räumung der neutralen Zone.

Paris, 1. Juli. Der „Matin“ erklärt, dass die Befestigungen der neutralen Zone der deutschen Regierung zur Erweiterung für die Räumung der neutralen Zone aus dem linken Rheinufer prägt, sich in aller Form dagegen ausgesprochen hat. Dieser Beschluss wird dem Obersten Rat bei seiner Anwesenheit in Brüssel zweitlos unterbreitet werden. (B. T. B.)

### Ratifikation des Friedens von St. Germain.

Paris, 1. Juli. Zum französischen Senat wurde der Friedensvertrag von St. Germain mit 20 gegen 23 Stimmen ratifiziert.

### Die kirchlichen Delegierten in Paris.

Paris, 1. Juli. Die beiden katholischen Delegierten, Djemal-Pacha und Al-Gib-Pacha sind gestern nachmittag in Paris eingetroffen. (wir.)

### Krafft reist nach Moskau.

Berlin, 1. Juli. Nach Bonner Meldungen wird Krafft nach Moskau zurückkehren und sich neue Missionen seiner Regierung holen.

## Gesetzgebung der polnischen Gewallwirtschaft.

Berlin, 1. Juli. Die Deutsche Ratsrederat hatte im Auftrage der deutschen Abstimmungsorganisation geplant, einen Teil der ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiete durch Flugzeuge in die Polen zu bringen. Plan rechnete auf diesen Beförderungsweg, weil man von vorhernein eine Sabotage des Eisenbahnverkehrs durch die Polen und jede nur irgend mögliche Behinderung und Erschwerung des Transports befürchtet hatte. Die deutschen Flugzeuge sollten im ganzen etwa 3000 Deutsche nach dem Abstimmungsgebiete und zurück befördern. Sie waren zu diesem Zweck ausdrücklich durch die interalliierten Kommissionen zugelassen und mit besonderen Kennziffern versehen. Seit gestern beschließen nun die Polen systematisch alle über den Korridor liegenden deutschen Flugzeuge der Ratsrederat mit Infanterie- und Maschinengewehren von den verschiedensten Stellen aus, teilweise unter Benutzung von Brandmunition. Ein deutsches Flugzeug wurde in die Steuerung getroffen und fing Feuer. In diesem Falle gelang es dem Führer noch, deutliches Gebiet zu erreichen, nachdem der Brand durch das Flugzeug gelöscht war. Von den Insassen wurde niemand verletzt. Ein zweites Flugzeug, auf der Rückfahrt von Westpreußen nach Stolp, wurde dagegen durch Brandmunition in den Bengtiansk getroffen, ging völlig in Flammen auf und stürzte ab. Der Führer Schmandt, der allein an Bord war, nachdem er seine Passagiere bereits abgesetzt hatte, ist tot. Der im Dienste des Vaterlandes gefallene Pilot ist der Sohn aus der Wirkungszeit bekannte ausgezeichnete Flugzeugführer, dessen Tod an sich schon einen schweren Verlust für die deutsche Fliegerei bedeutet. Wie im Erleden, so hatte er sich auch im Kriege hervorragende Verdienste um das Flugwesen erworben. Nach diesem Vorgehen wird nun wahrscheinlich auch der geplante Luftverkehr nach Ost- und Westpreußen eingestellt werden müssen. — Wie aus Rom berichtet wird, halten die Polen seit gestern ebenfalls systematisch die Abstimmungswägungen an und revidieren die Ansätze auf ihre Abstimmungsausweise.

Als Ressenden, deren Abstimmungsausweise nicht den Stempel der örtlichen Abstimmungskommission in Ost- und Westpreußen tragen, werden angeschaut und zurückgeschickt. Nur ist aber ein großer, wenn nicht der größte Teil der Abstimmungsausweise tatsächlich ungestempelt. Die Abstempelung war Sache der ost- und westpreußischen Abstimmungskommission, die paritätisch zusammengetragen und deren Leiter daher zur Hälfte Polen sind. Auf deutscher Seite ist man überzeugt, daß die Abstempelung absichtlich unterlassen worden ist, um dauernd einen Vorwand für die Zurückweisung der Inhaber zu haben und damit die Abstimmung zu sabotieren. Die unterbliebene Abstempelung ist jetzt nicht einmal mehr nachzuholen, da die Ausweise erst seit wenigen Tagen einzutreffen beginnen und selbst bis heute nicht annähernd vollständig im Besitz der Abstimmungsberechtigten und der deutschen Organisationen sind. Die Organisationen haben sofort die Reichsregierung in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, mit allen nur erdenklichen Mitteln einzutreten und zu helfen.

Königsberg, 1. Juli. Zu einem regelrechten Gesetz zwischen Polen und Deutschen kam es, wie erst jetzt bekannt wird, am Abend des 26. Juni an der Eisenbahnbrücke Dirschau. Eine größere Anzahl deutscher Flüchtlinge wollte sich mit ihrem Hab und Gut der polnischen Herrschaft entziehen und suchte die Eisenbahnbrücke in Dirschau zu passieren und den Weg nach Marienburg einzuschlagen. An der Brücke wurden sie von der 50 Mann starken polnischen Wache angehalten. Es kam zu einer größeren Schieberei auf beiden Seiten. Schließlich mussten die Deutschen wieder umkehren.

**Zur Abstimmung in Allenstein und Marienwerder**

Wahlbericht aus der Berliner Zeitung für Politik und

Berlin, 1. Juli. Die Volkskundlerkonferenz hat am 26. Juni dem Vorsitzenden der deutschen Abstimmungskommission eine Note überstellt, in der es heißt: „Sie haben durch eine Note vom 7. Juni die Ausmerksamkeit der Konferenz auf die Notwendigkeit gelenkt, denjenigen Wählern, die gegenwärtig außerhalb der Gebiete von Allenstein und Marienwerder wohnen und sich zur Abstimmung dorthin zu begeben wünschen, freie Ausübung ihrer Rechte zu verbürgen. Indem die verbündeten Mächte den von Ihnen vorgebrachten Bemerkungen Bechnung tragen, haben Sie folgende Beschlüsse gefasst: Der deutsche Vertreter in jeder Abstimmungsgemeinde ermächtigt, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit eine passende Anzahl von Sonderzügen (die Zahl wird in jedem einzelnen Falle von der interalliierten Kommission festgesetzt) von Deutschland die Wähler herbeiführt, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Züge werden von Offizieren der Verbündeten begleitet, die den Auftrag haben, sich durch Prüfung geeigneter Ausweispapiere die Sicherheit zu verschaffen, daß nur Personen, die zur Abstimmung berechtigt sind, zugelassen werden, die Züge bestigen. Unter dieser Bedingung werden keine Pässe für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor erforderlich werden.“

### Dr. Wagner erschossen?

Danzig, 1. Juli. Die „Danz. Neuest. Nachr.“ melden: Gerüchten zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Auch über das Schicksal Holtum schwant noch besorgniserregendes Dunkel. Der deutschen Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt. (W. L. B.)

## Stadtverordneten-Sitzung.

Zu der gestrigen 21. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten, die der Vorsitzende Ritsche leitete, wurde von einer Mitteilung des Rates Kenntnis genommen, wonach es mittelt, daß die steinerne Autobahnstraße der Schwierigkeiten des Kleingeldmangels im Straßenbahnbetrieb eingeschränkt Wertmärsche zu 10 Pf. um eine zweite Sorte im Werte von 20 Pf. ergänzt werden seien.

Von der Privilegierten Vogelschützen-Gesellschaft lag ein Schreiben vor, in dem sie gegen die von der Direktion der Städtischen Straßenbahn festgesetzte

Preiserhöhung für den Sonderverkehr nach der Vogelschieße vorstellt wird. In der Eingabe wird diese Preiserhöhung als eine durch nichts gerechtfertigte Maßregel bezeichnet. Sie sei vollständig und müsse aufgehoben werden. Die Vogelschieße sei von jeher das eigentliche Geist der dreisten Volksräuber gewesen. Der Rat hat beschlossen, es bei der Preiserhöhung an zu lassen. Maßgebend hierfür sei der Umstand gewesen, daß in den Abendstunden auf den Linien 18 und 23 ein außergewöhnlicher Verkehr zu erwarten sei, der zu unliebsamen Auseinandersetzungen führen könnte. Auch der erhöhte Fahpreis für die Sonderlinien sei bei den finanziellen Verhältnissen der Straßenbahn durchaus berechtigt. Das Kollegium nahm von dem Ratsbeschuß ohne Ausprache an. Inmitten Kenntnis.

48 Punkte der Tagesordnung wurden ohne Bericht in wenigen Minuten erledigt. Es ist daraus folgendes mitzutragen:

In Abweichung von der Pläsvorlage wurde beschlossen, die Abstimmungswidrigung für die besetzten Ratsmitglieder auf 1500 Ml. und für die Stadtverordneten auf 1000 Ml. jährlich festzustellen. Der Rat hatte 1800 Ml. und 1200 Ml. beschlossen.

Der Ratsvorlage gemäß beschloß die Körperschaft, dem Dresdner Verkehrsverein eine Jahresbeitragssumme von 50 000 Ml. auf sechs Jahre zu gewähren unter der Voraussetzung, daß vom Rat zwei und von den Stadtverordneten vier Kommissare in den Vorstand des Vereins einzutreten und daß die Ausstellungfrage aus der Zuständigkeit des Verkehrsvereins ausgeschieden und der Stadt überlassen wird.

Zur Fortführung des Baues der Radialer Blutlinie wurden 210 000 Ml. bewilligt.

Herner beschloß die Körperschaft die Einziehung eines außerordentlichen gemischten Ausschusses zur Bereitstellung von Steuerfragen, bestehend aus 6 Ratsmitgliedern und 8 Stadtverordneten.

Die Ratsvorlage über die Erhöhung des Schönfeldes an den städtischen höheren Unterrichtsanstalten um 100 Prozent vom 1. Juli ab wurde von der Tagesordnung abgelehnt und der Antrag des St.-B. Heider auf Erhöhung des Sommerurlaubs der städtischen Arbeiter und Arbeitnehmer an den Rechtsausschuss verwiesen.

### Lebensmittelfragen.

Die Körperschaft nahm darauf Stellung zu einem Antrag des St.-B. Hönel, den Rat zu erüben, die Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt gut zu beobachten und die von der Stadt erworbene Lebensmittel im Preise herabzusehen, daß diese den im Handel üblichen Preisen mindestens gleichkommen, ferner dorthin zu wirken, daß die Zusammenfassung des Brotes eine bessere werde und die Kommunalverbände einen Ausgleich herbeiführen, endlich der wucherischen Preisgestaltung auf dem Obstmarkt entgegenzutreten.

Der Antragsteller betonte, daß wir in der Lebensmittelversorgung vor einer Krise stünden. Man gebe der nächsten Zukunft mit großer Vorsorge entgegen. Die Landwirte seien die bestorganisierte Klasse und hätten es verstanden, der Bevölkerung die Lebensmittel vorzuenthalten. Es wäre unverantwortlich, wenn der Rat in der Besurkung vor Verlusten mit dem Verkaufen antrücksolen würde. St.-B. Herdt äußerte, daß den Rat sein Vorwurf treffen könne, wenn er mit Verlust verkaufe. Letzter lehnte es die Nebenprodukte ab, etwas herauszugeben. (Hört! Hört!) Es müsse dorthin gewirkt werden, daß alle Kommunalverbände ihr Brot strecken. St.-B. Runkel gab zu, daß wir in Dresden das schlechteste Brot hätten. Es sei möglich, daß in Dresden in den nächsten Monaten Brot gebacken werden müsse, in dem überhaupt kein Roggen und Weizen enthalten sei. Im vorigen Jahre sei etwas aus dem Bollen gewirtschaftet worden und man habe Weizen und Roggen niedriger ausgemahlen. Es müsse sich ermöglichen lassen, alle Nebenprodukte zu einer geringen Streckung zu verarbeiten. Die in dem Antrag geforderten Maßnahmen müßten in allerdringender Form durchgeführt werden. St.-B. Dr. Niemann stand dem Antrag ebenfalls in empathischer Gegenüber. Der Rat durfe vor Verlusten nicht zurücktreten. Das Brot, das niemals so schlecht gewesen sei, als jetzt, sei geradeaus gesundheitsschädlich. St.-B. Hörl: Die Unabhängigen hätten früher auf die Gefahr hingewiesen, seien aber nicht gehört worden. Man müsse energisch gegen die Urheber der Krise vorgehen, das seien die Landwirte. (St.-B. Hönel: Auch noch andere Teile.) Es empfehle sich nicht, daß der Rat jetzt alle Hülsenfrüchte verkauft.

Nachdem der Antrag einstimmig zum Abschluß erhoben worden war, wurde die öffentliche Sitzung 10 Uhr geschlossen. — Es folgte eine geheime Sitzung.

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus bis mit 14. August, Schauspielhaus bis mit 28. August geschlossen; Albert-Theater: „Fräulein Bud“ (1/2); Residenz-Theater: „Der ungeliebte Edelhart“ (7); Central-Theater: „Bettina Verlobung“ (7); Kammer spiele: „Kleine Sklavin“ (1/2).

† Julius-Otto-Bund. Heute, Freitag, 7 Uhr, im Lindenthaler Sommerkonzert. Wohndörfer und Einzelvoertäge folgender Bundesvereine: Dresdner „Dyptus“, Dresdner „Lanzenbörger“, Männergesangsvereine „Viertelklang“-„Klangfest“, „Völk“; Dresdner Männergesangsverein, Dresdner Postbeamten-Gesangsverein, Männergesangsverein der Städtischen Beamten, Gesangsverein der Staatsseidenbahnamt. Leitung der Waffendörfer: Prof. Hugo Jung und Kirchenmusikdirektor Willi Köppen.

† Duettsvereinigung Thieme-Otto. Nach erfolgreichen Duettabenden haben sich die beiden Dresdner Künstler Marie Thiene (Sopran) und Martin Otto (Tenor) zur Pleiade des Zwiesgefangen aus alter und neuer Zeit zu einer dauernden Duettsvereinigung zusammengeschlossen. Begleiter und musikalischer Berater ist der Dresdner Pianist Emil Klinge.

† Neuer Universitätsturnlehrer in Leipzig. Das höchste Kultusministerium hat den bisherigen Oberturnlehrer am König-Albert-Gymnasium in Leipzig Professor Dr. phil. Hermann Luhr vom 1. Juli ab zum ständigen Universitätsturnlehrer an der Universität Leipzig ernannt. Luhr hat sich schon seit seinen Studentenjahren um die Erhaltung des Turnwesens an der Universität Leipzig sehr verdient gemacht und hier den Allgemeinen Akademischen Turnabend 1908 ins Leben gerufen.

† Prof. Dr. Oskar Schulze, der Würzburger Anatom, ist im 61. Lebensjahr gestorben. Schulze hat namentlich auf dem Gebiete der Entwicklungsgeschichte gearbeitet. Insbesondere über die Entwicklung der Keimblätter der Blütezweige, Milchdrüsen bei Säugetieren und Amphibien. Andere Arbeiten betreffen die künstliche Erzeugung von Doppelbildung durch abnormale Wirkung der Schwerkraft. Schulzes „Grundriss der Entwicklungsgeschichte“ hatte Schulze neu bearbeitet.

† Theaterbüro in Frankfurt a. M. Die Frankfurter städtischen Bühnen, Opern- und Schauspielhaus, stehen vor einem nur notdürftig maßierten Zusammenbruch. Die Neue Theater-Aktiengesellschaft, seit Jahrzehnten aufopferungsvolle Trägerin des Betriebs der beiden Häuser, wird ihren Konkurs erklären, falls nicht die Stadt die Deckung des in die acht Millionen heranreichenden Jahresdefizits übernimmt. Hierzu scheint jedoch bei den Stadtverordneten keine allzu große Neigung zu bestehen, zumal man durch einen Konkurs der Gesellschaft zahlreicher drückender Verpflichtungen ledig zu werden hofft. Diese Spekulation dürfte jedoch ihre sehr gefährlichen Seiten haben, die von den Befürwortern dieses — man kann wohl sagen — barbarischen Planes geflügelte übersehen werden. Organischer und erfolgsversprechender ist die von einem Frankfurter Blatte vorgeschlagene Lösung, die darauf hinausläuft, sämtliche Frankfurter Bühnen, also auch das im Besitz einer Privatgesellschaft befindliche „Neue Theater“, unter einheitlicher Verwaltung zu vereinigen und mit einem Schauspiel- und einem Opernensemble zu versiehen. Als geschäftsmäßiger Generaldirektor wird an den höchst geschäftstüchtigen Direktor des „Neuen Theaters“ Arthur Hellmer gedacht. Das Schauspielensemble, aus den besten Kräften der beiden Schauspielhäuser gebildet, wäre der künstlerischen Leitung des Schauspielhausleiters Richard Weltevred zu unterstellen, das „Schauspielhaus“ als Volkstheater, das Neue Theater als Schauspielbühne, das Opernhaus wie bisher als Opernhaus führen. Durch Zusammenlegung und beträchtliche Verkürzung von Verwaltungspersonal, Werkstätten, Rundsum ist eine kräftige Ersparnis an Personal und Raum zu erwarten. Ein Teil der Lagerhäuser, sowie das opulente Verwaltungspgebäude wären zu vermeilen. Leider findet dieser Vorschlag, der als einziger das künstlerische Erbe von Dr. Zetsch nicht verschwendet, aus persönlichen Gründen vorsichtig noch nicht die gewünschte Unterstützung.

† Kunst und Politik. Der Schriftsteller Heinrich Zillefein, der als neu gewählter Sekretär der Deutschen Schillerstiftung erst seit einigen Monaten seinen Wohnort von Berlin nach Weimar verlegt hat, gibt in der Weimarer Landeszeitung „Deutschland“ seiner Befürchtung Ausdruck, daß in Weimar mehr noch als im übrigen Deutschland die Politik im Begriff sei, die freie Kunst zu töten: „... Ich sollte ganz einfach fest: hier wenn

## Oertliches und Sächsisches.

### Der sächsische Ministerpräsident an die Oberschlesier.

Oberschlesische Zeitungen veröffentlichen folgenden Appell des sächsischen Ministerpräsidenten Bud:

In Oberschlesien liegen Quellen der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Diese Kraft soll beitragen zur Befriedung des hartgeprüften deutschen Volkes, das sich unter den Schmerzen der Geburtswehen einer neuen Zeit hindurcharbeiten will und wird und trost allen Leides die Hoffnung auf eine Ära des Friedens und Wohlgehebens nicht verlieren. Rügen unsre Brüder in Oberschlesien, die mit uns gemeinsames Leid getragen, in Zukunft auch Anteil nehmen an den Segnungen gemeinsamer Arbeit in dem sozialen und demokratischen Staate Deutschland!

### Erster Tag der Grenzpende.

Der Spätnachmittag des Donnerstag brachte der Grenzpende die ersten schönen Erfolge. Gewaltige Menschenmengen drängten sich auf dem Altmarkt, als um 6 Uhr die Kapelle Feierteis, ihre Musikkapelle erklingen ließ. Hier zogen wieder, von jedermann mit frohem Beifall begrüßt, die wackeren Bütthäuser mit ihrem Maharsuf: Du mußt helfen! Ihre Bahn, sie, denen nach Goethe, am gestrigen Tage nicht der Regensturm Schauer übers Herz gezeigt hat. Bütthäuser und Bütthäuserinnen waren um hilfsbereite Hände — wahrhaftig, man wußt in Deutschland bitten fürs Vaterland! Das Abzeichen: Mischschöpfe! ohne das jetzt kein Herz schlagen sollte, fand zahlreiche Abnehmer.

Wiederholta gab es im Konzerthaus eine vornehme Künstlerunterhaltung. Schriftsteller A. A. Gekeler machte mit gewinnend lustigen Versen den Ausgänger für so ausgesetzte Kräfte wie Opernsänger Büttel, Kammervirtuos Starke, Charlotte Bierer, welche letztere mit ihrem diabolischen Duett „Max und Moritz“ den lautesten Erfolg davontrugen. Die Zuhörer wollten sich durchaus nicht entfernen, es schien wort's gewesen; nur die Hoffnung auf morgen kam am selben Ort ließ die Schönheiten und die Herren vom Dienst schlichlich aufbrechen. Also, die Massen sind im Fluss! Herans, Dresden, ziegt dich großherzig und treu zum zweiten Tage der Grenzpende!

### Die deutschen Landwirte zur Zwangswirtschaft 1920/21.

Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat einberufenen landwirtschaftlichen Körperschaften aller Länder erklärten zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes:

1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920/21 nur noch auf Brotgetreide und Milch unter Vermeidung von Hörten für den Erzeuger erstrecken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz freizugeben. Die Vertretungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung wichtiger Lebensmittel unter Ausschluß unmittelbarer Lieferungsverträge sicherzustellen.

2. Sollte diesem Grundsatz nicht schlußigste Rechnung getragen werden, müssen die landwirtschaftlichen Körperschaften jede Mitterkeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen.

3. Eine Voraussetzung für die Besserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes in die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hochkommen, wenn dem Landwirte endlich volle Freiheit in seinem Betriebe gegeben wird.

### Gauhaupt und Wirtschaft.

Nährmittelverteilung in der Amish. Dresden-N.

Abschnitt 1 der Nährmittelkarte ist am 3. und 5. Juli zu verfügen. Es werden beliefert: A mit 250 Gramm Grüntiermehl oder Haferflocken, B mit 125 Gramm Grüngrape oder 125 Gramm Haferflocken, C mit 125 Gramm Grapen oder Haferflocken und 125 Gramm Haferflocken, D mit 250 Gramm Haferflocken.

### Nahrungswirtschaft in der Amish. Dresden-N.

Es erhalten aus die laufende Reichsfleischkarte Personen über Alter 170 Gramm Fettfleisch für 3,20 Ml., 80 Gramm amerikanisches Schweinefleisch für 1,90 Ml., Personen unter 6 Jahren die Hälfte. — Abschnitt 5 der Kindergartenkarte wird mit 250 Gramm Butter für 7,20 Mark oder 200 Gramm Margarine für 7,80 Ml. und 250 Gramm amerikanischem Schweinefleisch für 5,20 Ml. beliefert.

### Bereitung von Rosace-Erika in der Amish. Dresden-N.

Auswuchs ist am 3. und 5. Juli in einem Steinhandelsgeschäft anzumelden. Es wird darauf ein Paket = ½ Pfund Kasse-Erika gesiebt.

Über die Ernte 1920 erloschen der Kommunalverband Dresden und Umgegend, der Rat zu Dresden und die beiden Amtshauptmannschaften im heutigen Auszugsbereich zwei Bekanntmachungen.

— Zum Bezirkswohnungskommissar für Dresden im Ministerium des Innern an Sache des Stadtrats Köppen ab 1. Juli Stadtrat Müller besetzt worden.







## Familien-nachrichten

Seine mit entzückt fand in Gott ergeben nach  
jungem Anschub unsere heiligste, fröhliche  
Mutter und Schwester, Schwieger- und Großmutter.  
**Paul Anna v. Rösch geb. Kottke,**  
Geschäftsführerin-Büro, im Alter von 70 Jahren. Ein lieber Bruder zeigte dies  
seiner Mutter an.

Dresden, Mindestens 33, den 1. Juli 1920.  
Ella Mayr geb. Kottke,  
Oskar Rösch,  
Willy Rösch,  
Lina Mayr,  
Lina Rösch geb. Kottke und 2 Geschwister.  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Montag, den 3. Juli, vor  
12 Uhr von der Salle des Johanniskirchhofes in  
Kollwitz aus statt.

Zum Jahresfest den 2. Juli 1920,  
gewidmet unserem lieben Freund und Kameraden,  
dem so früh dahingegangenen

**Arno Paul Wend,**  
Landwirt in Niederrieden,  
ehemaliger Unteroffizier der Pionierkomp. 183.

Sein ein Jahr der Zeit entgangen,  
Doch das nachließ den Erbland,  
Und wir gedenken mancher Glücks,  
Die wir vereit in fremden Land.  
Um Freundschaftsfeind hielt fern uns umfassungen,  
Da hielte uns oft an Deinen Schicksalslauf,  
Da war der Herz von froher Lust durchdrungen.  
Die Heimatsehne ging für uns auch auf.  
Doch, o wie bold zerflog die alte Freude,  
Und lieben Eltern, Schwestern aufwiegeln,  
Dann war nochst schwerer Krankheit Zweite,  
Diana Reinhard war den Deinen fränkisch.  
So brachte denn auch die Trauerkunde  
Uns unglücke eigentum,  
Und sommerlich stand uns unseres Mundes  
Ein Kühe leidet in Deine Grau. Dir nach,  
So ruhig läuft im Schone ländlichen Erde,  
Hier an der Elbe schönen Strand,  
Wie ein Wiedersehen uns werde,  
Ein Wiedersehen im herzen Heimatland.

Von mehreren Kameraden.

## Gärtliche Familien-nachrichten.

Schreiber: Georg Schmidt, Dresden, S.; Doctor Dr. Eichold, Dresden, S.; Postle: Otto v. Schweinitz, Dresden, m. Baumgarten, Siegfried v. Meissner, Königswartha; Gerhard Weinschitz m. Bruno Starke, Dresden, Bühlau; Schmid: Kurt Schröder m. Trude Knipper, Dresden; Hugo Kaufmann m. Agnes geb. Fahlbusch, Dresden; Klaus Baumgärtel m. Johanna Richter, Weissenfels; Schäfer: Gustav Schäfer; Thiel: Theodor Karl Ernst Ritter, Sachsenhausen; Anna Paula Döhring geb. Seibel, Weissenfels; Spiegel: August Döhring, Döhring; Anna von Schiebel geb. Gumpertmann, Döhring; Elsa Anna von Donath geb. Gumpertmann, Cospuden; Dr. Heinrich Binder, Höfchen bei Königsl.

## General Religions-Gem.

Schaefer: Prell, abend  
Wünsche 7.00, Gottesdienst 7.05, Eintritt 7.05, Predigt 7.10, Auszug 7.15. Dr. Winter, Gedächtnis: Margarethe 6.55, Gottesdienst 7.00, Predigt 7.05, Auszug 7.10. Wünsche 4.00, Gottesdienst 4.30, Predigt 4.45. Wünsche 5.30, Predigt 5.45. Wünsche 6.00, Predigt 6.15. Wünsche 6.30, Predigt 6.45. Wünsche 7.00, Predigt 7.15. Wünsche 7.

Dunkel, 25 Jahre Herr, mittl.  
Sauer, 12.000 M. Rosen, später  
in W. Beck und W. Dörr, Danne  
zweits baldig. Ehe.  
Gezeichnet, ständig zu Gunst.  
ausgezogen. In d. 5. mit Bild  
(Kinder) paroxysmisch erbebten u.  
D. T. 179 an die Exp. d. Bl.

**Ged., freidenh. Dame,**  
über d. Alten, d. 1. Bekenntniss-  
gesell. gestell. Herrn am Freitag,  
Off. u. C. 187 Exp. d. Bl.

Ged. M. d. 43 J. 9000 M. Exp.  
d. 12.000 M. Rosen, mittl. dörfl.,  
ge., angesiedelt, bislang zu Gunst.  
d. 5. in d. 5. in d. Berg. Ge-  
müß, Kind, Frau m. Kind, eingesen-  
dete u. A. 4300 Exp. d. Bl.

Besuch, festgelegt, penitenti-  
30 J. und Briefen zu baldiger  
Ehe. Da es kein verboten, dass  
u. Vermögen nicht bestimmt. Off.  
u. H. G. E. 335 an W. Hamburg.

Suche Besichtigung unserer heiligen Generalversammlung gelangt die

**Dividende für 1919 auf unsere Aktien**  
mit 12% gleich 72.— für jede Aktie zu nom. 400.— 144.—  
für jede Aktie zu nom. 400.— 120.— für jede Aktie zu  
nom. 400.— 1000 per Aussicht, und zwar  
in Berlin an unserer Couponskasse, Samontag 20.7.

**in Dresden bei der Deutschen Bank**  
Filiale Dresden,  
Gärtliche Familien-nachrichten.

Immer bei den übrigen inländischen Filialen, Zweig-  
stellen und Depositenkassen unserer Bank sowie  
bei den sonstigen Zahlstellen.

Die Gültige Gesamtansicht Nr. 30 sind auf der Rückseite  
mit dem Firmenstempel über dem Namen des Geschäftsführers zu  
vergleichen.

Berlin, den 30. Juni 1920.

**Deutsche Bank.**  
Mankiewitz. Heinemann.

24 dreiflügelige Obstställe an den Staatsstraßen der  
unterirdischen Bauleiter soll an den zentralen Obstmarken auf  
Grund schriftlicher Angabe, die

bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Dresden I  
bis Freitag den 9. Juli,

bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Dresden II  
bis Donnerstag den 10. Juli.

nämlich 12 Uhr (bei der Gründung der Angebote) parafliert, postiert und mit der  
Rückseite "Obstmarkt" eingetragen sind, verhältnismäßig der Ausbau  
unter den Bauten und der Wohnung aller Angebote unter den  
für den zentralen Obstmarkt geltenden Bedingungen vorgenommen  
werden.

Die Angebote müssen, falls ihre Packsumme 1000 Mark übersteigt,  
das Dörf. an die Kommunalverwaltung überlassen, die ihnen noch  
bekannt gegeben werden.

Zugeschickt, zu jedem Vertrag

bei dem Bauamt Dresden I festz. 7. Juli ab  
unverzüglich abgeben werden, haben als abgedeckt zu gelten,  
wenn sie bis zum 21. Juli unbeantwortet geblieben sind.

Strassen- und Wasser-Bauamt Dresden I und II,  
den 2. Juli 1920.

## Wohnungen

Mietervor ausser lauter  
neigene Zimmern Wohnung in Bautzen geg. gleiche  
Zeitungen, an auch 3 oder 5-Zimmer-Wohnung in ruhiger Lage  
zu verkaufen. Kaufpreis möglichst niedrig. Preis meiner  
Vorstellung 600.— Pf. Guvernor an H. Göckitz,  
St. Lazarus, Spinnereistraße 15 C.

## 4-Zimm.-Wohn.

mit Stufenzappung in Villa ge-  
kauft, ebenso gegen billige Stahl-  
mauerung. 5 Zimmer. Off. unter  
C. V. 100 Exp. d. Bl. erhalten.

## Wohnungstausch Bautzen-Dresden.

Einzelne m. 3-Zimmer-Wohnung in Bautzen geg. gleiche  
Zeitungen, an auch 3 oder 5-Zimmer-Wohnung in ruhiger Lage  
zu verkaufen. Kaufpreis möglichst niedrig. Preis meiner  
Vorstellung 600.— Pf. Guvernor an H. Göckitz,  
St. Lazarus, Spinnereistraße 15 C.

## Sommerfrische

außergewöhnlichem Glück bei guter Be-  
pflanzung, in höherer, gefahr-  
losem Lage des Grünbaus. Dien-  
stagspreis pro Tag Mark 25.—  
Wochenende u. 1. Juli 1920 Exp. d. Bl.  
Zwei große, eins. wohlbauende  
Bauh. u. Schlafzimmer,  
m. eischt. Glas, in Höhe des  
Pirnaerhauses. Platz für sofort  
oder später gesucht. Off. nur  
mit Preis und R. V. 665 an den  
Universalbanken, bier. erh.

## Wohnungstausch Berlin-Dresden.

Just in wölflichem Berliner  
Gartenvorort gelegene sehr preis-  
werte Wohnung, 4 u. 5 Zimmer,  
gegen billige Stahlmauerung. Preis  
gegen Gleichzeitiges kaufen eines  
ähnlichen Wohnhauses in Dresden  
oder überall in Sachsen. Off. u.  
A. 4354 an die Exp. d. Bl.

## Grundstücke

## Landhaus,

6 Zimmer, Garten, b. Dresden  
gekauft. Universalbanken u. R. 3718 an  
die Exp. d. Bl. erh.

## Große mittlere Wirtschaft

in d. Ling. u. Dresden zu kaufen,  
mit Gaubaus, gr. Ofen- und  
Gummiegebäude zu tauschen. Preis  
an Max Damm, Weinböhla, Großenhainer Straße 20, erh.

## K. Landhaus

mit Objekten u. einig. Schaff-  
tum bei Cossebaud, mit Gras-  
steinbauten, 1000 M. zu verkaufen.  
zu verkaufen. b. W. Holzschu-  
hers. u. Al. Bismarckstr. 2.

## Gut,

ca. 1000 Schafft. im  
besten Zust. u. unter  
Gitterberg, Schulzendorf, j. 175 000  
Mark zu verkaufen. Al. Haus  
wird mit angenommen. Off. u.  
R. Hotel Linke.

## Günst. Kaufgelegenheit!

Zins. u. Geschäftshaus,  
Schröderstraße 100 000 M.  
zu verkaufen. Preis 100 000 M.  
B. Bruno Schmidt,  
Dresden-L. Jägerstraße 25.

## Zinshaus

im Restaurant, Rosenthaler Straße, für  
100 000 M. zu verkaufen. Preis  
100 000 M. geboten wird.

## Landgärtchen

bei Großberg mit Stad. Fleischerei  
und 4 Schafft. Preis 10 für  
75 000 M. verkaufen. Selbst. erh.  
Al. u. E. A. 185 Exp. d. Bl.

## Zinshaus

im Restaurant, Rosenthaler Straße, für  
100 000 M. zu verkaufen. Preis  
100 000 M. geboten wird.

## Landgut,

im Restaurant, Rosenthaler Straße, für  
100 000 M. zu verkaufen. Preis  
100 000 M. geboten wird.

## Gegründet 1897!

Standesgemäß: Biskret:

## Gehrat!

Abbildung, alleinstehende 20 Jahre  
mit 65 000 Mark Vermögen  
winkt sich mit älterem, gut-  
aussehendem Herrn bald als ver-  
heiraten! Gleichzeitiges sofort  
durch Frau Elias, Bismarck-  
straße 14, II. Vermittlung:

## Gegründet 1897!

Standesgemäß: Biskret:

## Fahrräder,

neu und gebraucht, fast alle  
Fahrräder, kleine.

## Gummi-Schläuche

bei Meissner, 42, an der Kreuz-

## Meißner,

an der Kreuz-

## Reparaturen

Lederstücke, Enterlein

## WAISENHAUSSTR. 23

■ Sigaretten

vom 17.-3. an.

■ Sigaretten zu 100.-

■ Schokolade, Käse, Quark,

■ Käse nur an Bäckerei

Hermann Rudolph, Jüttendorf, 1.

Gitter, Mühle.

## 6% Zinshaus

in Dresden, Bismarckstraße 25.

## ■ Zigaretten

von 17.-3. an.

■ Sigaretten zu 100.-

■ Schokolade, Käse, Quark,

■ Käse nur an Bäckerei

Hermann Rudolph, Jüttendorf, 1.

## Aler. Neubauer,

Dresden, Herrenstraße 12.

## ■ L. Landwirtschaft

bei Chemnitz, 24500 Qm. Feld

und Wiese, 3 malige Gebäude,

70. - Wiese, 1 Hekt., 2 Ähne,

2 Ziege, 2 Schweine, 2 Hühner,

2 Kühe, 2 Schafe, 2 Hirsche, 2

2 Wildschweine, 2 Wild-

schweine, 2 Wild-

